Nr. 572 Abend-Ausgabe
B 283

Berlin

Mittwoch, 4. Dezember 1929
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch. Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3685. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Los von Hugenberg

Deutschnationale Massenflucht / 12 Abgeordnete aus der Fraktion ausgeschieden / Weitere Austritte zu erwarten

Der Auflösungsprozeß in der deutschnationalen Reichstagsfraktion, den man bis zum Volksentscheid aufhalten, zumindest der Außenwelt verbergen wollte, hat über Nacht unerwartet große Fortschritte gemacht. Eine Massenflucht deutschnationaler Parlamentarier nicht nur aus der Fraktion, sondern zum Teil auch aus der Partei, ist zu verzeichnen. Den drei Abgeordneten des Gewerkschaftsflügels, Lambach, Hartwig und Hüsser, die das vom Parteivorstand eingeleitete Ausschließungsverfahren mit dem freiwilligen Austritt beantworteten, sind wenige Stunden später die Abgeordneten Treviranus, Klönne, Lejeune-Jung gefolgt.

Heute haben die Abgeordneten von Lindeiner-Wildau, Schlange-Schöningen und Dr. von Keudell, der frühere Reichsinnenminister, ihren Austritt aus der Fraktion erklärt. Eine Gruppe von deutschnationalen Parlamentariern, zu der außer den Genannten noch die Abgeordneten Dr. von Dryander, Behrens, Mumm, Dr. Leopold, Dr. Rademacher, der frühere Reichsverkehrsminister Koch, der frühere Reichsernährungsminister Dr. Schiele und Dr. Strathmann gehören, haben heute eine gesonderte Beratung abgehalten. Es ist wahrscheinlich, daß, wenn nicht alle, so doch ein erheblicher Teil dieser Abgeordneten der Fraktion den Rücken kehren. Die Liste der heutigen Austritts-Anmeldungen wird sich erst am Ende der Fraktions-Beratungen übersehen lassen, die seit dem frühen Vormittag andauert. **Um die Mittagsstunde haben die Abgg. Prof. Dr. Hoelsch, Mumm und Behrens ihren Austritt erklärt.**

Die Massenflucht aus der Deutschnationalen Fraktion hat in der politisch-parlamentarischen Geschichte des Deutschen Reiches eine Parallele: die Abspaltung der von Haase geführten Gruppe der „Unabhängigen" von der Sozialdemokratischen Partei. Jene Sezessionsbewegung in den Kriegsjahren wurde dadurch ausgelöst, daß die „Unabhängigen" die Kriegskredite verweigerten. Was sich jetzt in der Deutschnationalen Partei abspielt, wird man äußerlich am zutreffendsten bezeichnen als eine „Los-von-Hugenberg"-Bewegung. Die Verschiedenartigkeit der Strömungen, der Motive, der Zielsetzungen wird man damit freilich nicht erschöpfen. Aber man wird damit das Gefühl der Ablehnung ausdrücken, das all diesen Gruppen gemeinsam ist: **die Ablehnung des Systems Hugenberg.**

Es ist interessant festzustellen, wie die einzelnen deutschnationalen Parlamentarier ihren Austritt aus der Fraktion und (in einzelnen Fällen) aus der Partei begründen. Der Abgeordnete **Dr. Lejeune-Jung, Geschäftsführer des Vereins deutscher Zellstoffabrikanten,** schreibt:

„Trotz der Ereignisse, die sich im letzten Jahre in der Deutschnationalen Volkspartei, insbesondere in der Konkordatsfrage, abspielten, habe ich es bisher für meine Pflicht gehalten, im Interesse der vaterländischen Sache in der Partei auszuharren, in der Hoffnung, neue Möglichkeiten für ein überzeugtes und freudiges Mitarbeiten auch für die katholischen Mitglieder der Partei wieder zu schaffen. Hierzu veranlaßte mich nicht zum wenigsten auch die durch langjährige Arbeit in der Partei unter der Führung von Hergt und Graf Westarp nur bestärkte Ueberzeugung, daß zwischen dem positiv-evangelischen und dem katholischen Volksteile eine schicksalsbestimmte Abwehr- und Angriffsgemeinschaft gegenüber dem zersetzenden Zeitgeist besteht. Heute habe ich die schmerzliche Gewißheit, daß sich diese Schicksalsgemeinschaft, daß sich überhaupt christlich-konservative Weltanschauung unter dem jetzigen Parteivorsitzenden in der Deutschnationalen Volkspartei nicht mehr in der erforderlichen Freiheit auswirken kann. Aus diesen Gründen habe ich mich mit dem Reichstagsabgeordneten Treviranus solidarisch erklärt und meinen Austritt aus der Partei und der Fraktion vollzogen."

der Brief des Abgeordneten **Schlange-Schöningen, Rittergutsbesitzer in Pommern,** hat folgenden Wortlaut:

„Hochverehrter Herr Graf! Nachdem die Entwicklung der Deutschnationalen Partei in den letzten Monaten einen Weg genommen hat, von dem ich nicht glauben kann, daß er uns unseren nationalen Zielen näher führt, und nachdem ich die Ueberzeugung gewinnen mußte, daß auf diese Weise meinem um sein Leben kämpfenden landwirtschaftlichen Berufsstand, ohne dessen Rettung es keinen deutschen Wiederaufbau gibt, keine wirklich praktische schnelle Hilfe geleistet werden kann, scheide ich hiermit aus der Fraktion aus. In unveränderter persönlicher Verehrung, Ihr sehr ergebener . . ."

Die bemerkenswerten Aeußerungen des Abgeordneten Moritz Klönne sind an anderer Stelle ausführlich wiedergegeben.

Man beachte die Verschiedenheit der Motivierung, die hier der Agrarier, dort der monarchistische Katholik, hier wieder der Industrielle gibt, den das Bündnis mit den halb-marxistischen National-Sozialisten entsetzt. Allen gemeinsam ist die Ablehnung der Hugenbergschen Diktatur in der Partei, die auch auf die Reichstagsfraktion ausgedehnt werden sollte. Der gefügige „Parteivorstand" hat es nicht gewagt, das Ausschließungsverfahren auch auf jene deutschnationalen Abgeordneten auszudehnen, die bei der Abstimmung über den Paragraph 4 des „Freiheitsgesetzes" ferngeblieben sind oder sich der Abstimmung enthalten haben. Er wollte, um den Eklat zu vermeiden, nur schrittweise vorgehen und glaubte, daß ein Ausschlußverfahren gegen die Vertreter der Gewerkschaften von der Fraktion noch am leichtesten hingenommen werden würde. Besonders da Lambach schwer vorbelastet schien im Sinne Hugenbergs. Daß wider jedes Erwarten Hugenbergs und seiner Trabanten das Ausschlußverfahren gegen die Abgeordneten Lambach, Hartwig und Hüsser die „Los-von-Hugenberg"-Bewegung in diesem Umfange ausgelöst hat, beweist, wie tief die Zerstörung der Deutschnationalen Partei durch Hugenberg, Claß und Hitler bereits gediehen ist.

Die Deutschnationale Volkspartei ist ein anderes Gebilde und sollte es sein als die frühere konservative Partei, deren parlamentarische Nachfolgerin sie ist. Ihr Bogen war weiter gespannt, sie

Moskau lehnt Intervention ab

Litwinows Antwort an Amerika / Direkte Einigung mit China?

Moskau, 4. Dezember | Ullstein-Nachrichtendienst

Die Sowjetregierung hat über Erwarten schnell auf die amerikanische Intervention in dem russisch-chinesischen Konflikt geantwortet. Erst gestern mittag wurde die amerikanische Note überreicht und schon gestern abend war die russische Antwort, die sich nicht nur an Amerika, sondern auch an Frankreich und England wendet, fertiggestellt. Die Uebermittlung der Antwort ist, da direkte Beziehungen zwischen Amerika und Rußland nicht bestehen, durch den französischen Botschafter Herbette erfolgt. Neben einer eingehenden Begründung des russischen Vorgehens und der Behauptung, daß die russischen Aktionen keinerlei Verletzung des Kellogg-Paktes darstellen, betont Litwinow in seiner Note das Erstaunen darüber, daß Amerika, das keine Beziehungen zu Moskau unterhalte, überhaupt intervenieren habe und einer Regierung, die es nicht anerkenne, Vorschläge und Ratschläge erteile. Gleichzeitig mit dieser glatten Ablehnung der amerikanischen Intervention gibt aber Litwinow bekannt, daß am 3. Dezember bereits eine Vereinbarung zwischen russischen und chinesischen Bevollmächtigten getroffen worden sei, die eine Einigung über die wichtigsten Streitpunkte darstellt.

Die russische Antwort an Amerika hat in großen Zügen folgenden Inhalt: Die Sowjetunion hätte stets eine Friedenspolitik geführt, auch unabhängig vom Pariser Vertrag. Nanking hätte dagegen eine provokatorische Politik angewandt und hätte die Verträge gebrochen, obgleich diese ihm nicht aufgenötigt, sondern freiwillig geschlossen worden waren und die Sowjetunion auf die Sondervorrechte in China verzichtete, die die andern Staaten haben. Der Gipfelpunkt der chinesischen Politik war die Aneignung der Ostchina-Bahn. Andere Staaten, wie Amerika, England oder Frankreich, hätten in einem solchen Fall einen Grund dafür gesehen, von den Vorbehalten des Pariser Vertrags Gebrauch zu machen. Die Sowjetunion lehnte diese Vorbehalte ab und gebraucht sie nicht.

Die Nanking-Regierung mobilisierte längs der Grenze eine Armee, deren Teile zusammen mit Weißgardisten in das Sowjetgebiet einfielen, die Rote Armee angriffen, ihre Posten beschossen und die Bevölkerung plünderten. Durch Vermittlung der deutschen Regierung habe die Sowjetregierung wiederholt dagegen protestiert. **Das Eingreifen der Armee des Fernen Ostens stellte nur einen Akt der Selbstverteidigung dar, verletzte mithin keinerlei Bestimmung des Pariser Vertrags, was von dem Aufenthalt bewaffneter Kräfte anderer Mächte auf dem Gebiet Chinas und in chinesischen Häfen nicht gesagt werden könnte. Die Sowjetregierung stellt fest, daß die Regierung der Vereinigten Staaten mit ihrer Erklärung in einem Augenblick hervortrete, da direkte Verhandlungen mit der Mukden-Regierung begannen. Daher müsse der amerikanische Schritt als ein völlig ungerechtfertigter Druck auf diese Verhandlungen angesehen und somit nicht als freundschaftlicher Akt betrachtet werden.**

Die Sowjetregierung stellt fest, daß der Pariser Vertrag keinem Staat, auch keiner Staatsgruppe die Funktion eines Schützers des Paktes übertrage. Jedenfalls hat die Sowjetregierung niemals etwas Derartigem zugestimmt. **Die Sowjetregierung erklärt, der sowjetisch-mandschurische Konflikt könne nur durch direkte Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und China gelöst werden auf Grund von Bedingungen, welche China bekannt und von der Mukden-Regierung bereits angenommen seien, und daß sie keinerlei Einmischung in diese Verhandlungen oder in diesen Konflikt dulden könnte.**

Damit schließt die gleichlautende Antwort an die Vereinigten Staaten, England und Frankreich. Ausschließlich an die Vereinigten Staaten richtet sich noch folgender letzter Satz: **„Zum Schluß kann die Sowjetregierung nicht umhin, ihr Erstaunen zum Ausdruck zu bringen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, welche auf eigenen Entschluß keinerlei offizielle Beziehungen mit der Sowjetregierung unterhält, es für möglich hält, sich an die Sowjetregierung mit Ratschlägen und Weisungen zu wenden."**

Die Vereinbarung zwischen Moskau und Mukden hat nach den Mitteilungen Litwinows folgenden Inhalt: Die Mukden-Regierung erklärt, daß der Vorsitzende der Verwaltung der Ost-China-Bahn, Luj, seines Postens enthoben wird. Die Sowjetregierung erklärt, daß nach der Enthebung des Vorsitzenden der Bahnverwaltung die Sowjetregierung gemäß der Erklärung Litwinows an den deutschen Botschafter am 29. August bereit sei, für den Posten eines Direktors der Ost-China-Bahn und dessen Gehilfen an Stelle von Jemschanow und Eismont neue Personen vorzuschlagen. Dagegen behält sie sich das Recht vor, Jemschanow und Eismont auf anderen Posten der Ost-China-Bahn zu verwenden, wozu der Vertreter Mukdens mündlich seine Zustimmung gab. Ferner erklärte der Vertreter der Mukden-Regierung, daß diese das Mukdener und das Pekinger Abkommen von 1924 streng einzuhalten gewillt sei. Der Agent des Narkomindjels, Simanowski, nahm die Erklärung des chinesischen Kommissars zur Kenntnis und erklärte, daß die Sowjetregierung, welche stets auf den Grundlagen der zwischen China und der Sowjet-Union geschlossenen Verträge stand, diese im ganzen wie im einzelnen streng einhalten wolle. Die obigen Erklärungen gelten als beiderseits angenommen.

Der Eindruck in Amerika

New York, 4. Dezember | Ullstein-Nachrichtendienst

Die russische Antwort, die noch nicht offiziell eingetroffen ist, findet daher auch noch keinerlei offizielle Kommentare, doch kann bereits jetzt gesagt werden, daß die schroffe Ablehnung der Stimsonschen Vorschläge in Regierungskreisen stark überraschte.

Wohl nicht ganz unbeeinflußt durch diesen Mißerfolg der Intervention ist die Kritik, die an der ganzen Aktion Stimsons überhaupt geübt wird. Obgleich man offiziell sehr befriedigt ist über den Widerhall, den die Berufung auf den Kellogg-Pakt in der Welt gefunden hat, betont die Kritik, daß eine Reihe von Mächten den Schritt Stimsons als unzeitgemäß empfunden hätte.

So bezeichnet der Berliner Korrespondent der „Herald Tribune" die deutsche Haltung als eine höfliche, aber bestimmte Zurückweisung. Das Staatsdepartement begnügt sich demgegenüber damit, darauf hinzuweisen, die sehr verbindliche deutsche Note enthalte die größte Anerkennung der amerikanischen Bemühungen, und teile ausführlich die Gründe mit, aus denen sich Deutschland Zeitpunkt und Art seiner weiteren Schritte im russisch-chinesischen Konflikt vorbehalten wolle.